

Die Flüchtlingsfürsorge.

Eine plötzliche Zuwanderung von nahezu hunderttausend Menschen, von denen obendrein die meisten vollständig mittellos sind, würde selbst unter gewöhnlichen Verhältnissen im Leben einer Stadt, auch einer Millionenstadt wie Wien, Störungen hervorrufen, die zu beseitigen keine kleine Aufgabe wäre. Um wie viel schwieriger ist eine halbwegs erträgliche Lösung dieser Aufgabe heute! Sie ist überhaupt nur unter einer Voraussetzung denkbar: daß sich alle, die an ihr arbeiten wollen, zusammenschließen und mit vereinten Kräften nach einem einheitlichen Plan arbeiten. Nicht nur können bloß so die vorhandenen Mittel zweckmäßig verwendet, die verfügbaren Kräfte voll ausgenützt werden, auch die Größe der zu vollbringenden Leistung, die besondere Art der zu lösenden Aufgabe kann nur festgestellt werden, wenn planmäßig, das heißt nach einem einzigen Plan, gearbeitet wird.

Leider ist dies, wir haben bereits am Freitag darauf hingewiesen, bei der Behandlung der Flüchtlingsfürsorge nicht der Fall. Es haben sich mehrere Gruppen gebildet, die, ohne auch nur miteinander in Fühlung zu stehen, den Flüchtlingen helfen wollen. Es ist klar, daß eine solche Zersplitterung der Kräfte nachteilige Folgen haben muß. Eine solche läßt sich heute bereits feststellen: während die Zentralstelle, die in den Räumen der städtischen Arbeitsvermittlung in der Kleinen Sperrgasse untergebracht ist, von früh bis abends von Dilsesuchenden drümlig belagert wird, scheint das Zentralcomité, das die Unterstützung der Regierung genießt, viel weniger beschäftigt zu sein. Wenigstens spricht dafür das folgende Geschichtchen, das sich dieser Tage zugetragen hat: Ein Genosse ging am 4. Uhr nachmittags ins Gemeinsame Ministerium, um von dem Zentralcomité einige Mitteilungen zu erlangen. Der Portier sagte ihm aber: „Ja, der Herr Graf ist noch nicht da. Sie können aber alles, was Sie wissen wollen, im Ministerium für Galizien erfahren.“ Der Genosse ging sofort ins Ministerium ras aber nur einen Diener an und der gab ihm die Auskunft: „Die Herren sind nicht mehr da!“ Das läßt wohl den Schluß zu, daß die Flüchtlinge gerade das Comité, dem die Regierung ihre besondere Hilfe angedeihen lassen will, am allerwenigsten in Anspruch nehmen. Wäre es unter solchen Umständen nicht noch jetzt das Vernünftigste, die Fürsorge für die Flüchtlinge zu zentralisieren? Unseres Wissens ist dieser Vorschlag von einer Seite bereits gemacht, aber vom Zentralcomité keiner Beachtung wert gefunden worden. Wie wär's, wenn sich die Regierung von der Sachlage genau unterrichten ließe? Wir sind überzeugt, daß sie uns recht geben und die Zentralisierung der Flüchtlingsfürsorge betreiben würde.

Weiter. Wie die Dinge heute liegen, ist die Flüchtlingsfürsorge vor allem eine Wiener Sache. Was aus Galizien flüchtet, drängt nach Wien. Das ist sehr begreiflich, aber auch sehr ungewöhnlich. Wie soll Wien alle die Flüchtlinge, die schon hergekommen sind und die noch kommen werden, beherbergen? Es ist ganz klar, daß sie nur untergebracht werden können, wenn viele tausend Wohnungen überfüllt werden. Das wäre weder für die Flüchtlinge noch für die Wiener wünschenswert, und man muß darum hoffen, daß die bereits in Angriff genommene Entlastung Wiens möglichst rasch und in ausgiebiger Weise fortgesetzt wird. Damit wäre aber die Wohnungsfrage noch immer nicht gelöst. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Hausherrn die Flüchtlingsfürsorge nicht bloß vom Hausherrnstandpunkt betrachten. Wie uns mitgeteilt wird, werden viele Mieter, die galizische Flüchtlinge als Astermieter aufgenommen haben, von ihren Hausherrn schikaniert; andere Hausherrn suchen die Zunahme der Astermieter wirtschaftlich auszunützen. Das bedeutet natürlich eine Erschwerung der Flüchtlingsfürsorge, gegen die nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden muß. Wir zweifeln nicht daran, daß die zuständigen Persönlichkeiten das ihrige in dieser Hinsicht tun werden.

Noch ein Uebelstand sei aufgezeigt. Die Flüchtlinge bekommen nicht bares Geld, sondern Anweisungen auf Mahlzeiten. Das hat für jene jüdischen Flüchtlinge, die in einem Vorort wohnen und, um „koscher“ essen zu können, eine von den jüdischen Volksküchen aussuchen, die Folge, daß sie mehrere Stunden herumlaufen und herumsehen müssen, bevor sie etwas zu essen bekommen. Gäbe man ihnen statt der Anweisungen Geld, so wäre, ohne daß deswegen Mehrauslagen gemacht werden müßten, ein Uebelstand behoben, unter dem namentlich Kinder, Greise, Kranke empfindlich leiden müssen. Die Gefahr, daß ein Flüchtling die paar Kreuzer, die er bekommt, verbubelt, statt sich und den Seinigen ein Mittagessen zu kaufen, ist ja nicht sehr groß; unser Vorschlag könnte also wohl durchgeführt werden, und zwar um so eher, als ja dadurch auch eine Menge Arbeit erspart und eine raschere Abwicklung der Fürsorgetätigkeit erzielt werden würde.